

Die neue Linke

von Frank Deppe

Gerade in den letzten Wochen ist durch die Beschleunigung des Anschlusses der DDR – eines Anschlusses, der die Einführung des Kapitalismus in der DDR unter konservativer Hegemonie bedeutet – immer deutlicher geworden, daß sich die Linke in Ost und West weder mit einer Rückzugsposition der individuellen oder kollektiven Aufarbeitung der geschichtlichen oder auch sozialpsychologischen Dimensionen der Krise der Linken, noch mit einer kurzatmigen Mobilisierung von Protest und Widerstand gegen den Anschluß und seine sozialökonomischen wie politischen Modalitäten einigeln darf. Beides ist zweifellos wichtig, aber es wäre fatal, wenn dies zum Focus einer linken »Neuorientierung« werden würde. Noch gilt für die gegenwärtige Situation und Konstellation weitgehend der Umstand, daß das Alte stirbt, aber das Neue noch nicht erkennbar entsteht. Und doch sind schon Strukturen und Konturen, Resultate und potentielle Entwicklungstendenzen wahrnehmbar, die eine »neue Linke« geradezu zwingen, Standort und Programmatik, Organisationsformen und Handlungsperspektiven neu zu bestimmen.

Politische Traditionen

Der Begriff »neue Linke« scheint bereits »besetzt« zu sein. Als neue Linke hat sich eine intellektuelle Strömung des Marxismus bezeichnet, die sich – seit den ungarischen Ereignissen des Jahres 1956 – vom offiziellen Marxismus-Leninismus kritisch abgesetzt hat und den sog. »realen Sozialismus« einer scharfen Kritik unterzog. Vor allem in den intellektuellenbewegungen der späten 60er und frühen 70er Jahre hat diese Strömung des »westlichen Marxismus« (wie

es Perry Anderson¹ genannt hat) einen bedeutenden Einfluß gewonnen. Es handelte sich dabei einerseits um eine *Öffnung des Marxismus* für Erkenntnisse und Zugänge, die z.B. durch die »Frankfurter Schule« und die Psychoanalyse (z.B. durch das Werk Herbert Marcuses) erschlossen worden waren, sowie um Öffnung für neue Revolutionserfahrungen, die sich über die Bewegungen in der Dritten Welt und ihre theoretische Reflexion vermittelten (etwa in der »Achse« Frantz Fanon/ Jean-Paul Sartre).

Zum anderen ging es dabei um eine – vor allem über das Werk von Louis Althusser und seiner Schule beeinflussten – *Rückkehr zum Marx'schen Werk* und dabei insbesondere zum »Kapital« als dem Basistext für den Begriff der inneren Struktur und der Bewegungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Natürlich hatte diese Strömung der neuen Linken auch einen wesentlichen Anteil an den Eurokommunismus- und Gramsci-Debatten der späten 70er Jahre sowie schließlich an der Öffnung der marxistischen und sozialistischen Diskurse für die neuen Fragen, die durch die radikal-feministische Frauenbewegung sowie durch die Ökologiebewegung aufgeworfen wurden.

Aber, welche bedeutende Vorarbeit diese »neue Linke« auch für die Bearbeitung der gegenwärtigen Erfahrungen geleistet hat, auch diese Strömung wurde von der Krise der Linken in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften des Westens, die ja bereits in den 70er Jahren mächtig einsetzte, nicht verschont. Mit dem Abschwung der intellektuellenbewegungen, dem Scheitern der von Intellektuellen initiierten Partei Gründungen, der Krise des Eurokommunismus und der ihn tragenden Organisationen, insgesamt mit dem Abschwung der Klassenbewegungen in der zweiten Hälfte der 70er Jahre, der mit dem Auf-

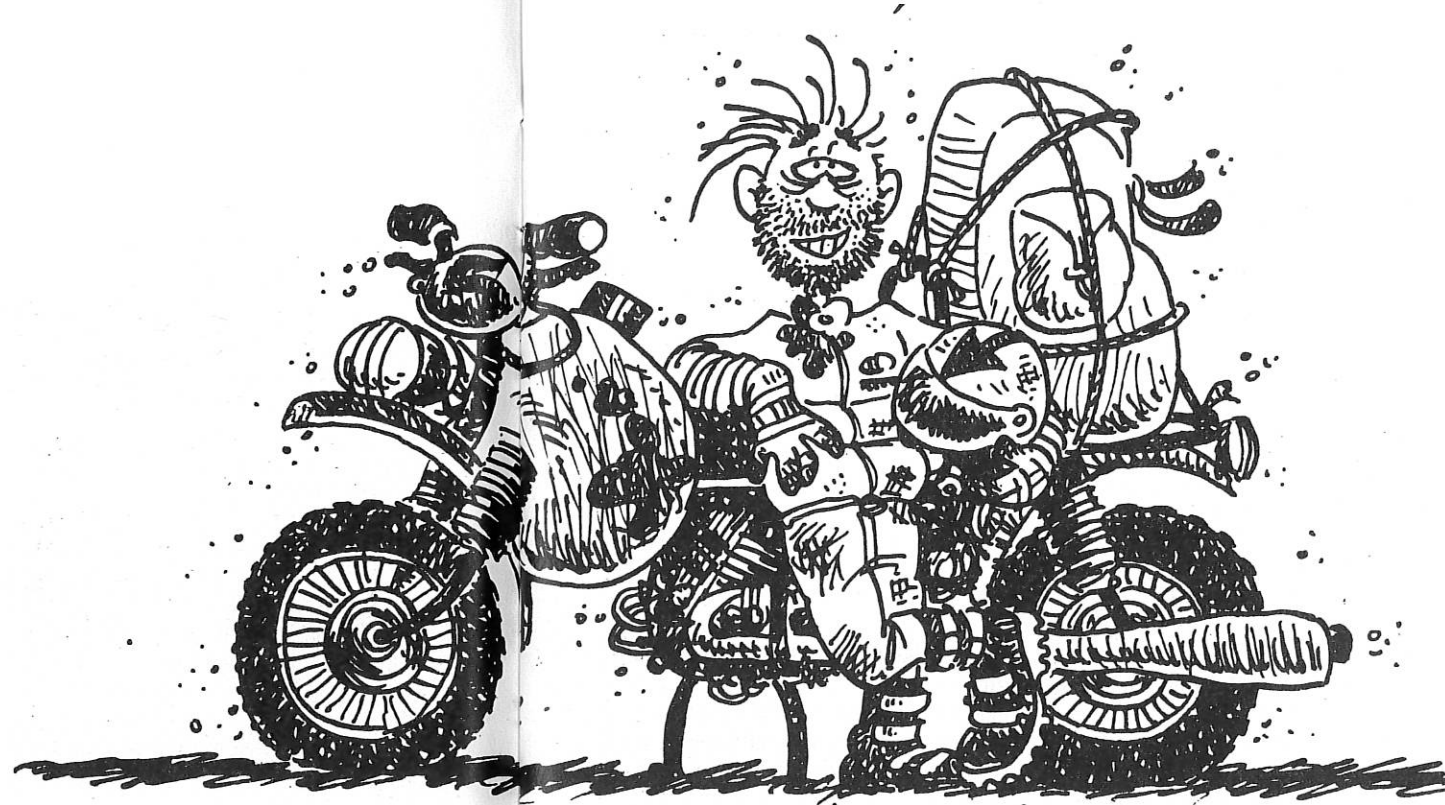
stieg des Neokonservatismus (und mit dem Aufschwung der »neuen sozialen Bewegungen«) einherging, ist zugleich die Bedeutung und der Einfluß dieser Strömung der »neuen Linken« zurückgegangen.

Zerklüftetes Gelände

Wenn ich also von der »neuen Linken« spreche, denke ich zunächst einmal an die Aufgabe, daß die Reorganisation der Linken in der Zukunft – inhaltlich und organisatorisch – von einem außerordentlich zerklüfteten, aufgespaltenen, ja oftmals diffus erscheinenden Feld auszugehen hat, in dem sich verschiedene Strömungen und Organisationen der Linken bewegen, die allesamt mehr oder weniger intensiv über ihre enttäuschten Hoffnungen und Erwartungen, über ihre Fehler und Krisen debattieren.

Diese Konstellation läßt sich in einigen groben Stichpunkten skizzieren:

■ Die Linke in der SPD ist mittlerweile extrem geschwächt und marginalisiert, überrollt von Oskar Lafontaine und der



Dynamik des deutsch-deutschen »Zusammenwachsens«, fixiert auf Wahltermine. Wer vielleicht noch gehofft hatte, daß die Kritik der SPD am Staatsvertrag eigenständige Positionen für die anstehenden ökonomischen und sozialpolitischen Auseinandersetzungen definieren würde, muß heute arg enttäuscht sein.

■ Bei den GRÜNEN hat sich die Abgrenzung gegen linke Positionen verstärkt, zusammen mit einer geradezu überschäumenden Begeisterung für die Vitalität und Flexibilität des modernen Kapitalismus. Die Fixierung auf Wahlen, Parlamente und Koalitionen ist auch hier übermächtig geworden. Die zu Beginn der 80er Jahre verfolgte Strategie, die GRÜNEN mittelfristig in eine ökosozialistische Partei zu transformieren, ist gründlich gescheitert.

■ Die DKP und ihr Umfeld haben sich weitgehend selbst marginalisiert. Die Mehrheit der verbliebenen Restpartei hat die schwere Verantwortung dafür zu tragen, eine Erneuerung der DKP mit Positionen verhindert zu haben, die mit dem Zusammenbruch und der Auflösung der SED geschichtlich endgültig

hinfällig geworden sind. Die Erneuerungsströmung hingegen – ihrerseits »gezeichnet« durch die lange Vorgeschichte dieser innerparteilichen Auseinandersetzungen – wird aus eigener Kraft nicht zum Kristallisationskern einer »neuen Linken« werden können.

■ Die Gewerkschaftslinken sieht sich nicht nur dem massiven Druck der DGB-Anschlußpolitik und der Debatten über den Zusammenbruch des realen Sozialismus und das Selbstverständnis der Gewerkschaften ausgesetzt. Auch die Tarifrunde dieses Jahres hat Grenzen der Mobilisierungs- und Kampfbereitschaft aufgezeigt, die ihrerseits für die kommenden Jahre keine großen gesellschaftspolitischen Konflikte erkennen läßt (nachdem das für die 80er Jahre mobilisierende Thema der 35-Stunden-Woche erledigt ist und bis 1998 keine größeren Auseinandersetzungen um die Wochenarbeitszeit möglich sind).

■ Diejenigen, die ihre Hoffnungen noch vor wenigen Jahren auf die autonome Kraft der »neuen sozialen Bewegungen« bauten, haben ebenfalls keinen Grund, im Trümmerfeld der »alten Linken«

Triumphe zu feiern; die Kraft dieser Bewegungen ist seit 1983/84 deutlich zurückgegangen.

■ Die linken und marxistischen Theorie-zirkel, die sich überwiegend in den 70er Jahren etabliert hatten und sich über Zeitschriften und Verlage artikulieren, haben zweifellos auf bewundernswerte Weise und jeder »auf seine Art« überlebt; aber sie bewegen sich – kurz gesagt – nicht in einem expandierenden, sondern eher in einem stagnierenden bzw. schrumpfenden Milieu.

■ Schließlich die »Radikale Linke«, die sich seit dem vergangenen Jahr neu formiert und in der sich zahlreiche VertreterInnen jener Strömungen und Organisationen wiederfinden, von denen gerade die Rede war. Da die »Radikale Linke« auf Abgrenzung und nicht auf Öffnung zu den verschiedenen Strömungen der Linken angelegt ist, wird sie m.E. keine relevante Rolle bei der Neuformierung der Linken in den nächsten Jahren spielen können.

Umbrüche weltweit

Diese Charakterisierung bezieht sich ausschließlich auf die Situation in der BRD. Um den Rahmen des Themas nicht zu sprengen, sei auf den internationalen Kontext ebenfalls nur mit einigen Stichworten verwiesen:

1. Die tiefe, gleichsam epochale Krise der Linken ist kein deutsches Problem. In den ehemals sozialistischen Ländern Ost- und Mitteleuropas sind Begriffe wie links, sozialistisch oder gar kommunistisch dermaßen diskreditiert, daß für einen längeren Zeitraum mit einer harten Ausgrenzung, wenn nicht gar repressiver Unterdrückung linker Positionen gerechnet werden muß. Die Prager Demonstration vor einigen Wochen, auf der das Verbot des Kommunismus gefordert wurde, könnte der Ausgangspunkt einer derart repressiven Bewegung werden.

2. In Westeuropa vermitteln u.a. die Debatten im PCI über den Verzicht auf den Parteianamen den Eindruck einer tiefen Erschütterung des historischen Selbst-

Frank Deppe ist Professor für Politikwissenschaften an der Universität Marburg. Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine geringfügig bearbeitete Fassung eines Vortrages bei der MASCH-Hamburg am 28.5.1990.

¹ Perry Anderson, Über den westlichen Marxismus, Frankfurt/M. 1978.

verständnis der kommunistischen Bewegung im Westen (die freilich eine ziemlich lange Vorgeschichte hat).
3. In der III. Welt, bei den antiimperialistischen Befreiungsbewegungen und den linken Kräften – z.B. in Lateinamerika –, herrscht eine tiefe Verunsicherung, nicht nur über die mit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus verbundene Veränderung der internationalen Kräfteverhältnisse (zugunsten des Imperialismus), sondern auch über die Ziele des eigenen Kampfes.

4. Die Hoffnung, die ein nicht unbeachtlicher Teil der Linken auf den Erfolg der Gorbatschow'schen Perestroika gesetzt hat, sind inzwischen weitgehend verfliegen. Damit ist aber zugleich einer Sozialismus-Konzeption der Boden entzogen worden, die von einer nach wie vor bestehenden Systemkonkurrenz zwischen einem kapitalistischen und einem sozialistischen Staatensystem und – in der Systemkonkurrenz – einem demokratisch reformierten Sozialismus (mit der Sowjetunion als dynamischen Zentrum) ausgegangen ist, dessen Außen- und Weltpolitik die Lösung der sog. »globalen Probleme« in den Mittelpunkt rückt.

Auch hinsichtlich des internationalen Zusammenhangs befinden wir uns also in einer epochalen und krisenhaften Umbruchkonstellation, die ihrerseits eine systematische Neubestimmung der Aufgaben und Ziele, der Handlungsbedingungen sowie der organisationspolitischen Konzepte der Linken verlangt.

Eckpunkte der Erneuerung

Meine Thesen hierzu lauten wie folgt:

1. Die Linke in der BRD und in der DDR wird sich der theoretischen und praktischen Bearbeitung der Aufgabe zu stellen haben, daß in den nächsten Jahren in Deutschland im politischen Feld links von der SPD und den grünen Realos eine *eigenständige* politische und geistige Kraft des »modernen Sozialismus« oder der »neuen Linken« geschaffen wird.
2. Diese Kraft wird – angesichts der vorherrschenden Entwicklungsbedingungen – antikapitalistisch sein und die Utopie der Befreiung der Arbeit (in der heutigen Welt) aus der *Kritik des real existierenden Kapitalismus*, seiner heute dominanten Widersprüche, damit auch im Bezug auf die realen Interessen und Kämpfe der lohnabhängigen Massen zu entwickeln haben.

3. Die Entwicklung der *strategischen* und *programmatischen Konzeption* des »modernen Sozialismus« verlangt eine gründliche – auf radikale Erneuerung zielende – Auswertung der Ursachen des Zusammenbruchs des realen Sozialismus, der Veränderungen in den hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften (von der wissenschaftlich-technischen Entwicklung, der Akkumulationsbewegung des Kapitals, der Veränderung der Klassenstruktur sowie der Lebensweise und der Kultur, bis hin zur Analyse der neokonservativen Hegemonie) sowie schließlich der heutigen Bedeutung der Internationalisierungsstufe des Kapitalismus sowie der internationalen – und auch: globalen – Widerspruchskomplexe.

4. Der »moderne Sozialismus« wird davon auszugehen haben, daß die Durchsetzung einer radikalen Systemalternative zum real existierenden Kapitalismus – national und international – auf absehbare Zeit *nicht* auf der geschichtlichen Tagesordnung steht. Eine solche Systemalternative wird sich – das ist wohl eines der wichtigsten geschichtlichen Resultate des Zusammenbruchs des »realen Sozialismus« – nicht von außen, also nicht von einer Systemalternative, die in kapitalistisch rückständigen Ländern konstruiert wird (einholen, überholen), sondern aus der Binnenperspektive entwickelter kapitalistischer Gesellschaften stellen. Insofern sind wir wieder bei Marx – wenn auch in einem anderen geschichtlichen Kontext als Rosa Luxemburg, die diesen Satz beim Gründungskongreß der KPD 1918/19 formulierte². Daher kann es für den »modernen Sozialismus« auch *keinen* künstlichen und abstrakten Gegensatz zwischen Reformen, genauer den Kämpfen für Reformen – für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, für Verteidigung und Erweite-



rung demokratischer Rechte, für mehr soziale Gerechtigkeit und die Sicherung der Menschenrechte – auf der einen und Systemveränderung bzw. -überwindung geben.

5. Die *organisationspolitischen Entscheidungen*, die gewiß notwendig werden, sollten nicht in voluntaristischer Eile – etwa unter dem Druck von bevorstehenden Wahlterminen – getroffen werden. Noch wird die politische Entwicklung in der DDR und hier von unterschiedlichen Logiken und Handlungsanforderungen bestimmt, die ihrerseits so etwas wie eine strukturelle Heterogenität beinhalten, die bei zu schnellen Entscheidungen – etwa Vereinigung oder Ausdehnung der PDS in den Westen – nicht aufgehoben, sondern im Gegenteil als Ballast fortwirken würde. Daraus folgt aber auch, daß zwischen den Linken in der BRD und in der DDR – auch mit der PDS – eine Debatte über Inhalt und Programmatik linker Politik kurzfristig aufgenommen und organisiert werden muß.

1. Aktualität linkssozialistischer Politik

Zunächst zur ersten These: Strategische Orientierung auf eine politische Kraft links von der SPD und den grünen Realos, also auf eine linkssozialistische Partei (wobei diese erst Ergebnis eines Prozesses sein könnte) in Deutschland.

Es hat überhaupt nichts mit Nationalismus oder Deutschtümelei zu tun, wenn als Faktum (das nicht von uns, sondern von den ökonomisch und politisch herrschenden Kräften in der BRD und in der DDR definiert wird) festgestellt wird, daß es in absehbarer Zeit keine zwei Staaten mehr, sondern einen einheitlichen, deutschen Staat geben wird (mit einheitlichem politischem System, einheitlichen politischen Organisationsverhältnissen etc., einheitlichen wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Strukturen).

Wenn der Kampf der Linken gegen Nationalismus und Rassismus zu den wichtigsten politischen und ideologischen Aufgaben der Linken gehört, dann wäre es doch absurd, wenn dieser vereinheitlichte Staat dann nicht auch als *das notwendige Terrain des Kampfes gegen den deutschen Nationalismus* begriffen würde (in der DDR z.B. nimmt dieser Nationalismus und Rassismus bei der sog. »einfachen« Bevölkerung besonders intensive und widerwärtige Formen an). Die größere Gefahr gerade eines deutschen Nationalismus entsteht ja nun nicht allein aus den Veränderungen

im europäischen Staatensystem, sondern auch und vor allem aus dem größeren ökonomischen und politischen Potential, das dem deutschen Kapitalismus oder Imperialismus aus der Vergrößerung seines Staatsterritoriums zuwächst.

Für die »Radikale Linke« hat Detlev zum Winkel in KONKRET 5/1990 mit dem deutschlandpolitischen Realismus – auch auf der Linken – abgerechnet. Er schreibt: »Politisch kommt die deutsche Einheit *langsamer*, als man denkt«. Möglicherweise liegt das Geheimnis dieses Satzes bei dem »man denkt«. Immerhin habe ich die Ereignisse des letzten Jahres – wie viele andere – so wahrgenommen, daß die deutsche Einheit *politisch viel schneller* kommt, als die meisten Beteiligten und Beobachter angenommen haben. Oder hofft der Autor auf Oskar Lafontaine, den DGB oder auf eine Staatsvertrags-Revision?

Dann folgt der Satz: »Historisch wird sie (die deutsche Einheit) *schneller scheitern*, als man denkt«. (Wieder dieses anonyme Denksubjekt!) Ja, woran denn? Am Widerstand der Volksmassen, an einem neuen Internationalismus, an anderen Mächtekonstellationen (Anti-Deutschland-Koalition) oder – hegelisch gesprochen – »an sich selbst«?

Genosse zum Winkel verweist in diesem Zusammenhang auf das Scheitern des Zweiten (Bismarck'schen) und des Dritten (faschistischen) Deutschen Reiches – richtig, aber sie scheiterten doch an der Niederlage in den beiden Weltkriegen, die der deutsche Imperialismus im Namen der deutschen Nation angezettelt hatte. Ist das nun der strategische Punkt, auf den die »Radikale Linke« sich orientieren müßte, wenn sie schon die politische Einheit nicht verhindern kann? Wäre es geschichtlich nicht sehr viel erträglicher gewesen, wenn diese Reiche gescheitert wären, bevor sie einen Weltbrand entzündeten?

Bei dieser merkwürdigen Logik (Hermann Gremliza würde das zweifellos sehr viel schärfer formulieren, schriebe der Autor nicht in seinem Blatt) gewinnt die Schlußfolgerung des Verfassers den Charakter einer grandiosen geschichts-metaphysischen Beschwörungsformel: Es »kommt alles darauf an, das historisch feststehende Scheitern der deutschen Einheit so zu beschleunigen, daß es *vor* ihrem Zustandekommen eintritt. Die Geschichte muß beschleunigt, die Politik verlangsamt werden«.

Das heißt also, ganz immanent in den historischen Bezügen des Autors gedacht: entweder Sturz des Imperialismus vor der politischen Einigung (am besten

zum 2. Juli 1990), oder: Entfesselung eines Weltkrieges (durch »die Geschichte«, versteht sich), um das Scheitern der deutschen Einheit zum dritten Mal in diesem Jahrhundert zu vollziehen. Über so viel zeitgeschichtlichen Sachverstand und eine solche Meisterschaft der Logik kann ich nur den Kopf schütteln.

Aus der Umkehrung der Argumentation von Detlev zum Winkel drängt sich eine ganz andere Logik auf: 1. Politisch kommt die deutsche Einheit noch schneller, als die Linke es Ende 1989 befürchtet hatte. 2. Historisch wird diese Einheit von relativer Dauer sein. Und deshalb ist es 3. unvermeidlich, daß die Linke den Kampf gegen den deutschen Nationalismus – und insbesondere gegen die Kriegsgefahr – auf dem politischen Terrain eines einheitlichen deutschen Staates führt und sich schon jetzt Gedanken darüber macht, wie die sozialen und politischen Kräfte, die diesen Kampf führen wollen, entwickelt und zusammengeführt werden können.

2. Antikapitalismus heute

Damit komme ich zur Begründung meiner zweiten These, daß die »neue Linke« sich als eine antikapitalistische Kraft begreifen muß. Das klingt zunächst extrem traditionalistisch – und eröffnet zugleich ein weites Feld der Diskussion. Da ich in meinem Kommentar zu den Thesen drei und vier ebenfalls auf diese Problematik eingehen werde, will ich mich an dieser Stelle auf einige eher allgemeine Überlegungen und Fragestellungen beschränken.

Wenn ich das Identitätsmerkmal der Kapitalismuskritik hervorhebe, dann nicht deshalb, weil es sich dabei um den geschichtlichen Ausgangspunkt und – so könnte man sagen – Fixpunkt des Sozialismus handelt. Vielmehr bin ich davon überzeugt, daß wir uns gegenwärtig im Übergang zu einer neuen weltgeschichtlichen Entwicklungsetappe (ich sage, wohlgerichtet nicht »Stadium« o.ä., sondern einfach Abschnitt/Etappe!) des Kapitalismus als Weltsystem befinden. Diese ist *einerseits* gekennzeichnet durch die Beseitigung des im 20. Jahrhundert mächtigsten politischen und ideologischen Antagonisten des Kapitalismus/Imperialismus, des sozialistischen Weltsystems. Damit fallen auch jene Wirkungen weg, die die Systemkonkurrenz auf die Politik des Imperialismus ausgeübt hat.

Zum anderen ist dieser Abschnitt gekennzeichnet durch eine Expansionsdynamik des internationalen Kapitalismus, die nicht nur eine Umwälzung der Pro-

duktionsbedingungen in den Metropolen des Kapitals, sondern auch die Erschließung neuer Expansionsräume (vor allem in Mittel- und Osteuropa) sowie eine Veränderung der Konkurrenzbeziehungen zwischen den imperialistischen Zentren (USA – Nordamerika; Japan – Ostasien/Pazifik; Europa mit Deutschland als dem potentiellen Zentrum) zum Inhalt hat.

Entscheidend für die notwendige anti-kapitalistische Orientierung der Linken scheint mir indessen der Sachverhalt zu sein, daß die Kritik an diesen Verhältnissen und die Notwendigkeit von Alternativen stets – in letzter Instanz, möchte ich hinzufügen – von dem Grundverhältnis der Disproportionalität der kapitalistischen Entwicklung bestimmt wird und bestimmt werden muß.

Diese Disproportionalität äußert sich nicht allein in der zyklischen, krisenhaften Wachstumsdynamik des Kapitals, sondern sie differenziert sich jeweils in komplexe Widerspruchskonstellationen aus. Der Illustration halber will ich einige Stichpunkte nennen: die sozialen Disproportionen, die wir heute in den Metropolen des Kapitals mit dem unscharfen Begriff der »Zweidrittelgesellschaft« belegen, oder die wachsende soziale Kluft zwischen den Metropolen und der Dritten-Welt-Peripherie. Die Disproportionalität zwischen dem Profitinteresse des Kapitals und der Vernichtung von natürlichen Ressourcen, der Gesundheit und von Lebenswelten, die ihrerseits die natürlichen und stofflichen – vielleicht auch die kulturellen – Voraussetzungen der Produktion untergraben.

Schließlich die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung zwischen den kapitalistischen Staaten selbst (ein Begriff, der bekanntlich von Lenin in seiner Imperialismus-Analyse verwandt wurde und der vielleicht für die Analyse der kommenden Entwicklungen wieder an Bedeutung gewinnen wird), die die Formen der Konkurrenz, aber auch Aggressivität (politisch und ideologisch, etwa in Gestalt des Nationalismus und Rassismus) in den Beziehungen zwischen diesen Staaten und Staatengruppen bestimmt. Und nicht zuletzt auch jene Formen der Disproportionalität, die die Ungleichheit des Zugangs zu Kultur, Bildung, Information, Wissen und damit auch politi-

² Rosa Luxemburg, Unser Programm und die politische Situation, in: O.K. Flechthelm (Hrsg.), Rosa Luxemburg, Politische Schriften II, Frankfurt/Main 1966, S. 171ff., hier S. 179.



scher Macht in kapitalistischen Systemen strukturell auszeichnen, die ihrerseits die Problematik der Entfremdung, der Herrschaftsstrukturen und der Auseinandersetzung um Demokratisierung durchdringen.

Mir geht es an dieser Stelle nicht um eine systematische »Ableitung«, sondern um die These, daß 1. die zentralen Widerspruchsfelder, auf denen sich Konfliktpotentiale gleichsam objektiv aufbauen, durch die strukturelle Disproportionalität der kapitalistischen Entwicklung bestimmt werden, und daß 2. das »Projekt Sozialismus« auch in der Zukunft mit der Kritik, der Modifikation und der Aufhebung jener Logik verbunden sein wird, die diese strukturelle Disproportionalität erzeugt und vorantreibt.

Dabei stellen sich selbstverständlich zahlreiche offene Fragen, die einer intensiven Diskussion bedürfen und deren Bearbeitung zugleich für das Politikverständnis der »neuen Linken« von besonderer Bedeutung sind.

Eine dieser Fragen betrifft z.B. die Schranken der kapitalistischen Entwicklung, die durch die sog. globalen Risikolagen und Gefahrenpotentiale (z.B. die staats- und systemübergreifenden ökologischen Schädigungen) erzeugt werden. Es geht dabei letztlich um die Bestimmung einer Interessenskonstellation, die

sich im Widerspruch zwischen der unumschränkten Verfolgung des kapitalistischen Profitinteresses auf der einen und einer – dem einzelnen und unmittelbaren Profitinteresse auch entgegenstehenden – Sicherung menschlicher Existenzbedingungen und der natürlichen, stofflichen Voraussetzungen auch der kapitalistischen Produktion bewegt. Das heißt: Die Linke wird sich in diesem Widerspruchsfeld nur dann erfolgreich bewegen können, wenn sie *nicht* auf dem Standpunkt der abstrakten Kritik und Negation »des Kapitals« verharrt.

In diesem Zusammenhang ist es m.E. ebenfalls notwendig, die These zu überprüfen, daß angesichts der heutigen internationalen ökonomischen, technologischen, aber auch kulturellen Verflechtung und Kommunikation und der globalen Risikolagen Formen der Kooperation zumindest zwischen den kapitalistischen Zentren erzwungen werden, die den Rückgriff auf die gleichsam »klassischen« Politikformen der Gewaltanwendung zwischen den Staaten und Regionen (auch z.B. den Rückfall in Autarkiepolitik und Protektionismus) tendenziell begrenzen. Ich weiß, in solchen Überlegungen deutet sich natürlich auch das Negativszenario einer Koalition der kapitalistischen Industrienationen gegen die »Dritte Welt« an. Auf der anderen

Seite bedeutet jedoch diese Wahrnehmung einer neuen Interdependenz auch eine Veränderung beim Austragen der Interessenskonflikte und der Konkurrenzverhältnisse im internationalen System. Das aber hätte auf jeden Fall Konsequenzen für die Politik der Linken und für deren theoretische wie strategische Prämissen.

Und schließlich gibt es zahlreiche offene Fragen – besonders für die am marxistischen Denken und der Klassenkampftheorie orientierte Linke –, die sich darauf beziehen, wie das Niveau der heutigen Vergesellschaftungsprozesse im Kapitalismus zugleich die Inhalte und Formen des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit beeinflussen – Fragen also, die die Geschichte und die Wirkung des Sozialreformismus und der Sozialdemokratie, aber auch des Sozialstaates und der institutionalisierten Bearbeitung der sozialen Ungleichheit (also der Klassengegensätze) für die Entwicklungsbedingungen des Klassenkonfliktes und seiner ideologischen und politischen Formen betreffen.

Ich kann das hier nur andeuten; aber im Blick auf die notwendige Kraftentwicklung der »neuen Linken« scheint es mir unabdingbar, daß wir lernen, solche theoretischen und auch politischen Kontroversen als innere Produktivkraft zu

begreifen und zu gestalten. Wir sollten nicht der Versuchung unterliegen, sie nach der Holzhammermethode der totschlagenden Unterscheidung von Reform und Revolution, von Modernisierung und Anti-Modernismus (was immer das sei), von wahrhaftigen Anti-Imperialisten und revisionistischen Verrätern auszutragen (wie das leider bei einigen besonders Verzweifelten wieder in Mode zu kommen scheint).

Dieser Lernprozeß ist im übrigen nicht nur für die Anerkennung vielgestaltiger Binnenstrukturen der »neuen Linken« notwendig. Er gilt in noch höherem Maße für den Abschied von dem alten Avantgarde-Denken, das andere Positionen, die der »Parteilinie« zuwiderlaufen, nur nach Maßgabe einer heuchlerischen Bündnispolitik (am liebsten gegenüber den Pfaffen) und/oder als gegnerische – d.h. als zu vernichtende – Abweichung »einschätzt« (so lautet das schreckliche Wort aus dem Parteijargon).

Mit anderen Worten: Die »neue Linke« wird lernen müssen, ihre antikapitalistische Position in einem Block politischer, sozialer und kultureller Kräfte zu vertreten, der keineswegs »wesensmäßig«, a priori durch den Konsensus über dieses besondere Identitätsmerkmal der linkssozialistischen Kräfte sich definieren kann.

3. Strategie der »neuen Linken«

Die dritte und die vierte These umschreiben gleichsam den Raum, in dem sich – im Grunde seit Jahren – die Debatten der Linken bewegen. Es geht also nicht einmal um »Neues«, wie es sich z.B. durch die Veränderungen in Mitteleuropa im Konzentrat der »deutschen Frage« stellt. Und doch wirft gerade der Zusammenbruch des realen Sozialismus viele strategische Fragen sehr viel schärfer und gründlicher auf als jemals zuvor – und zwar nicht nur (für einige) auf schmerzliche, sondern auch auf befreiende Weise; denn die Sozialismus-Debatten der Gegenwart und der Zukunft werden nicht länger durch die Existenz und die Widersprüche des »realen Sozialismus« belastet und gespalten.

Ich beschränke meinen Kommentar auf vier Punkte:

1. Der Zusammenbruch des »realen Sozialismus« stellt uns die Aufgabe, den Sozialismus neu zu denken und zu praktizieren und dabei auch die Geschichte des Sozialismus in Theorie und Praxis neu anzueignen.

Diese Erneuerungsarbeit umschließt zwei wesentliche Komplexe: Zum einen

– in der Auseinandersetzung mit dem Scheitern der staatssozialistischen Wirtschaftssysteme und ihrem Lenkungsmechanismus – die Frage nach der »realen Vergesellschaftung«, also die Frage nach der Eigentumsverfassung sowie nach den Steuerungsmechanismen (Staat/Markt) eines Wirtschaftssystems, das jene strukturelle Disproportionalität aufhebt, die Merkmal des kapitalistischen Wachstums, seiner Konkurrenz- und Herrschaftsverhältnisse sind. Bei dieser notwendigen Arbeit stehen wir ziemlich am Anfang bzw. sind weit zurückgeworfen, weil nun auch viele Linke, die in der Vergangenheit das politische System des »realen Sozialismus« scharf kritisierten, die Eigentumsverfassung und das Planungssystem als zwar deformierte, aber gleichwohl historisch progressive Bestandteile des Sozialismus angesehen haben.

Zum anderen wird mit dem Zusammenbruch des »realen Sozialismus« das »Politikmodell« des Marxismus-Leninismus (als der geschlossenen Weltanschauung der den Staat und die Gesellschaft beherrschenden, führenden Partei) endgültig der Geschichte überantwortet. Alle Analysen über die ökonomische Stagnation und den schließlichen Verfall der realsozialistischen Wirtschaftssysteme – vor allem seit den 70er Jahren – führen immer wieder auf den zentralen Gesichtspunkt, daß der Primat der Politik, d.h. der Partei und damit des Staates und seiner Sicherheitsorgane, mehr und mehr zu einer Fessel, einer Schranke der Produktivkraftentwicklung und des Wachstums, der gesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung und der Entfaltung von Individualität geworden ist. Das heißt in der Konsequenz: Da der reale Sozialismus in letzter Instanz an dem selbsterzeugten – und von äußerem Druck verstärkten – Widerspruch von sozialistischem Anspruch und blockierter Demokratisierung von Politik, Ökonomie, Kultur und Gesellschaft gescheitert ist, wird es in der Zukunft keinen Sozialismus mehr geben können, der diese negative geschichtliche Erfahrung nicht gründlich aufgearbeitet hat.

2. Die Krise der Linken in den hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften des Westens ist nicht der unmittelbare Reflex der Krise und des Zusammenbruchs des real existierenden Sozialismus; denn diese Krise setzte spätestens Mitte der 70er Jahre ein – mit dem Niedergang der linksradikalen Intellektuellen- und Arbeiterbewegungen (und ihrer politischen und gewerkschaftlichen Or-

ganisationen) – und sie setzt sich fort im Aufstieg sowohl der neokonservativen Herrschaftsvarianten als auch – für eine gewisse Zeit zumindest – der »neuen sozialen Bewegungen«.

Zumindest in den nachfolgend genannten Problembereichen wird die »neue Linke« zu theoretischen und praktischen Antworten herausgefordert, die gleichsam quer zu dem Gesellschafts- und Politikbegriff der »alten Linken« liegen:

■ Die Veränderung im System der gesellschaftlichen Arbeit, der Sozial- und Klassenstruktur (»Dienstleistungs-gesellschaft«) und des Vergesellschaftungsmodus, die im Zentrum der Fordismus/Postfordismus-Debatten stehen, verlangt nicht allein eine Neubestimmung des Begriffs der Arbeiterklasse, sondern auch des Interessensbegriffs und damit der Ziele sozialistischer Politik (z.B. die Bedeutung der sog. »qualitativen Bedürfnisse«).

■ Die Internationalisierung des heutigen Kapitalismus geht de facto über die Regulationskapazität der Nationalstaaten hinaus und bildet insofern nicht nur die Basis des neuen Internationalismus (der für die Auseinandersetzung mit dem aufkommenden Nationalismus besonders wichtig ist), sondern markiert auch Schranken einer Sozialismuskonzeption, die – etwa in Bezug auf die Beschäftigungspolitik oder den ökologischen Umbau – den Hebel der nationalstaatlichen Politik (»Keynesianismus in einem Lande«) ansetzen will.

■ Die Ökologieproblematik und die Überwindung des Patriarchats sind nicht als »Unterfragen« der traditionellen Sozialismus-Konzeption zu bewältigen.

■ Schließlich ist eine traditionelle Politikkonzeption gründlich in Frage gestellt, die sozusagen »parteilinienförmig« denkt –, oder, die die Partei als die einzige oder auch nur wichtigste Schaltstelle für die Umsetzung von Konfliktpotentialen in der bürgerlichen Gesellschaft zur Veränderung der staatlichen Machtverhältnisse begreift. Die – auch systemkritische – Politisierung von gesellschaftlichen Widersprüchen und Interessen findet heute in einem komplexen Netzwerk von Konflikten, Bewegungen und Organisationen statt, die sich – so ist zumindest zu vermuten – nicht parteilinienförmig vereinheitlichen lassen. Daraus ergibt sich im übrigen die Konzeption des progressiven Blocks von politischen, sozialen und kulturellen Kräften.

3. Die »neue Linke« wird nur dann eine Entwicklungschance haben, wenn sie sich nicht von denjenigen Politikfeldern

abschließt, auf denen reale Auseinandersetzungen um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, aber auch um demokratische Rechte stattfinden. Das gilt – zumal im Blick auf die deutsche Entwicklung nach dem Inkrafttreten des Staatsvertrages – in erster Linie für den Bereich der sozialökonomischen Fragen, die mit der Entwicklung der Einkommen und der Beschäftigung, der Flexibilisierungsstrategien des Kapitals und mit den Auseinandersetzungen um Mitbestimmung und Gegenmachtpositionen in Betrieb und Gesellschaft verbunden sind – also auch mit den gewerkschaftspolitischen Fragen im engeren Sinne zusammenhängen. Diese Fragen werden wohl – zusammen mit der Auseinandersetzung mit dem neuen Nationalismus und dem Rassismus – in der nahen Zukunft im Mittelpunkt der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen stehen; und es würde mir geradezu als absurd erscheinen, wenn sich die Linke bei diesen Auseinandersetzungen – bei denen die Schlüsselfrage zunächst die der »Demokratisierung« sein dürfte – auf die Position des theoretischen Beobachters und ideologischen Scharfrichters zurückziehen würde.

4. Schließlich eine Bemerkung zum internationalen Zusammenhang der Konstitution der »neuen Linken«. Der Blick über die Grenzen – vor allem nach Westen und nach Westeuropa – ist schon deshalb notwendig, um nicht in den Verklemmungen der deutsch-deutschen Problematik aufzugehen. Mir scheint, daß derzeit in Westeuropa diese Differenzierung innerhalb der Linken, die aus der Auseinandersetzung um die neuen Realitäten hervorgeht, ein durchaus allgemeiner Prozeß ist. Die Diskussion im PCI habe ich bereits erwähnt – mir scheint, daß z.B. die Positionen, die in der sog. Mozione 2, also der Plattform der innerparteilichen Opposition gegen den Occhetto-Kurs (getragen von Ingrao, Luciana Castellina u.a.) formuliert werden, wichtige Anregungen für uns enthalten; ebenso wie die Diskussionen in der spanischen KP und der Izquierda Unida, der Vereinigten Linken, oder in der britischen Gruppe um die Zeitschrift »Marxism Today«.

In der Zeitschrift des PCI, *Rinascita*, hat deren Chefredakteur kürzlich die innerparteilichen Kontroversen »auf den Punkt« gebracht und damit auch das Feld bestimmt, auf dem die Diskussionen der Linken in anderen westeuropäischen Ländern sich bewegen: »Zwei Vorstellungen von »Modernität« stehen sich gegenüber, zwei verschiedene Vor-

stellungen von den Beziehungen zwischen den gesellschaftlichen Klassen, zwischen der Macht und den individuellen Werten, zwischen der Demokratie und der Gesellschaft. Zwischen einer Politik, die verstanden wird als eine bessere Lenkung des Modernisierungsprozesses oder als eine Steuerung der Modernisierung mit dem Ziel, den Kapitalismus zu überwinden« (zitiert nach *express*, 5/1990, S. 13)

Kurzum: Konstitution der »neuen Linken« bei uns heißt, daß sie als Bestandteil der Diskussionen und Differenzierungen der gesamteuropäischen Linken – gleichsam auf einer Linie links von einer kapitalistischen Modernisierungspolitik – begriffen und verortet – und so auch praktisch vernetzt – werden muß.

4. Programm & Organisation

Damit komme ich zum Kommentar der fünften These, zu den organisationspolitischen Schlußfolgerungen. Ich plädiere dafür, eine Debatte der linken Kräfte in der BRD und in der DDR – unter Einschluß der PDS – zu eröffnen. Da ich mich dezidiert für einen Vorrang der inhaltlichen Klärung von Positionen und Zielen sozialistischer Politik ausspreche und vor einer »voluntaristischen« Eile warne, bewege ich mich in einem objektiven Dilemma. Dieses Dilemma wird durch den Zeitfaktor bestimmt – und wer die Zeit beherrscht, von der Zeitökonomie des Arbeitsprozesses bis hin zur Zeitdimension politischer Entscheidungen, der übt bekanntlich Herrschaft in der Form von »Zeitregimes« aus. Zu einem solchen Zeitregime gehört zur Zeit die Festlegung des Datums der ersten gesamtdeutschen Wahlen, die schon jetzt vollauf durch die Machtkalküle des Bundeskanzlers und des herrschenden konservativen Blocks bestimmt wird. Auch für die SPD und ihren Kandidaten spielt die Spekulation über die mögliche Entwicklung der Wählerstimmungen – nach den Landtagswahlen in NRW und in Niedersachsen, aber auch im Hinblick auf die Folgewirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion – die entscheidende Rolle bei ihrer Einstellung zum Wahltermin.

Die Linke hingegen ist schon deshalb machtlos, weil sie diesen Termin weder verhindern noch verschieben kann. Daher wird sie unvermeidlich unter einen politischen Druck gesetzt, der Entscheidungen verlangt. Ich will die Alternativen nicht allzu detailliert diskutieren – sie reichen von der Nicht-Entscheidung bis hin zu einer denkbaren gesamtdeut-

schen Kandidatur der PDS, oder – gleichsam als Zwischenlösung – zu einer Bündniskonstellation von Linkskräften in der BRD, die gemeinsame Wahllisten mit linken Kräften in der DDR – unter Einschluß der PDS – aufstellen.

Selbstverständlich spielt dabei auch die Frage eine Rolle, ob es politisch sinnvoll ist, die Chance zu nutzen, bei einem möglichen Stimmanteil der PDS in der DDR von mehr als 10 % in der BRD einen Wahlkampf zu führen, der einer linkssozialistischen Kraft (die noch nicht Partei sein kann) den Einzugs in das gesamtdeutsche Parlament, also ein Überspringen der 5-Prozent-Hürde ermöglichen könnte.

Trotz der Entscheidungszwänge sollte die Diskussion über die inhaltlichen Fragen und Perspektiven linkssozialistischer Politik – auch über den Wahltermin hinaus – Vorrang haben. Dabei wirken unterschiedliche politische Logiken hier und in der DDR, die nicht aus dem Stand, auch und gerade nicht durch wahlpolitische Entscheidungen, aufzuheben sind:

■ Der äußerst widersprüchliche Prozeß der Erneuerung und Konsolidierung der PDS in der DDR ist noch längst nicht abgeschlossen. Er wird sowohl durch geschichtlichen Ballast (»Vergangenheitsbewältigung«) als auch durch die konkreten Auseinandersetzungen um die sozialökonomische und politik-kulturelle Entwicklung in der (bald ehemaligen) DDR bestimmt werden. Dabei wird auch die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen der PDS und anderen Linkskräften und Bürgerbewegungen in der DDR für die Realisierung der Chance einer gesamtdeutschen, linkssozialistischen Kraft – als ein relativ eigenständiger Faktor – von Bedeutung sein.

■ In der BRD wäre angesichts der Verschiebungen und Neuorientierungen auf dem politischen Feld links von der SPD und den grünen Realos zunächst einmal konkret zu überprüfen, welche Kräfte überhaupt für die Orientierung auf eine solche Perspektive zu gewinnen sind – und ob das Interesse, das auch bei linken Sozialdemokraten und Gewerkschaftern vorhanden scheint, im Sinne der Unterstützung einer solchen Perspektive aktivierbar ist. In dieser Richtung sollten Initiativen ergriffen werden, wobei auch für diese Option das Zeitregime zu beachten ist. Mit anderen Worten: Solche Initiativen sollten möglichst schnell ergriffen werden. ♦